

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 07/2023 vom 16.02.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Der Krieg der Ukraine oder der Krieg des Westens?*
- *Dominika Wielowieyska: Tusk half der Opposition, der Falle von Morawiecki zu entgehen*
- *Adam Michnik: Andrzej Poczobut ist ein heldenhafter, mutiger Mann. Er ist ein freier Bürger eines freien Weißrusslands und zeigt Stolz und Edelmut der alten Polen*
- *PiS stiehlt hemmungslos und unverschämt. Wird Kaczyński dafür bei der Wahlunterstützung zur Kasse gebeten?*
- *Europäische Kommission bestätigt: Keine Auszahlung von Kohäsionsfonds, wenn Polen die Unabhängigkeit der Justiz nicht wiederherstellt*
- *Polen liegt beim Zugang zu Verhütungsmitteln an letzter Stelle in Europa. Höher liegen Russland und Weißrussland*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczek und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Der Krieg der Ukraine oder der Krieg des Westens?



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Eugeniusz Smolar**

Eugeniusz Smolar (geb. 1945) ist Analyst und Mitglied des Rates des Zentrums für Internationale Beziehungen und war früher Direktor der polnischen Abteilung des BBC World Service in London.

Der Westen hat sich zur Unterstützung der kämpfenden Ukraine zusammengeschlossen, aber diese Einheit ist brüchig und von Spannungen geprägt. Die Gefahr einer Eskalation des Konflikts wird in Europa und sogar in den USA viel ernster genommen als in Polen und veranlasst die Politiker dort zu größerer Vorsicht.

Die große Mehrheit der westlichen Dienste und Denkfabriken, einschließlich der CIA, glaubte bei Ausbruch des Krieges nicht an die Fähigkeit der Ukraine, sich selbst zu verteidigen. Alle dachten, das Land würde innerhalb weniger Tage fallen. Heute glauben viele nicht mehr an die Fähigkeit der Ukraine, ihre siegreichen Ziele zu erreichen, d. h. alle 2014 und 2022 von Russland eroberten Gebiete, einschließlich der Krim, zurückzuerobern. Obwohl in den USA eine Reihe ehemaliger hochrangiger Militärs für eine solche Möglichkeit plädieren, sind es die Machthaber, die die Entscheidungen treffen, und die sind eher skeptisch. In Europa gibt es dagegen nur wenige solche Stimmen.

Unter den westlichen Verbündeten gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des erforderlichen Engagements und die Aussicht auf eine Beendigung des Krieges. In Polen wird den Westeuropäern oft vorgeworfen, sie seien Zauderer und wollten zu den früheren Beziehungen mit Moskau

zurückkehren, vor allem im Bereich des Handels, und die Einfuhr von Energieerzeugnissen wiederaufnehmen (Deutschland), oder sie wollten Europa von den USA unabhängig machen (Frankreich). Die Gefahr einer Eskalation des Konflikts wird in unserem Land weitgehend außer Acht gelassen. In Washington und Westeuropa wird diese Bedrohung sehr viel ernster genommen, da die Möglichkeit besteht, dass Moskau im Falle einer drohenden Niederlage Atomwaffen einsetzt und einen echten paneuropäischen Krieg auslöst, der zu einem dritten Weltkrieg eskalieren könnte.

Militärische und zivile Strategen analysieren täglich das Verhalten Russlands und die Chancen der Ukraine. Daher die Prüfung Moskaus und die schrittweise Aufstockung der Hilfe für Kiew. Schritt für Schritt werden die Ukrainer mit immer schwereren Waffen ausgestattet, die ihnen noch vor wenigen Wochen verweigert wurden. Der Westen als Ganzes, die Amerikaner und die einzelnen europäischen Länder bewegen sich unter dem Einfluss der Handlungen Moskaus und Kiews allmählich über die zuvor definierten strategischen, politischen, wirtschaftlichen und mentalen Zwänge hinaus.

Washingtons Prioritäten

Die Vereinigten Staaten sind der unangefochtene Anführer, weshalb wir sie besonders aufmerksam beobachten sollten. Der Grund für die Führungsrolle der USA ist ihr Status als Atommacht. Die Beziehungen zwischen Atomstaaten sind insofern einzigartig, als sie sich der dramatischen Folgen besser bewusst sind als andere. Unabhängig von der anschließenden Gegenreaktion würde die Explosion auch nur einer einzigen russischen Nuklearsprengladung, selbst wenn sie in ihrem Zerstörungsgrad begrenzt wäre, einen Schock auslösen, nicht zuletzt in Europa, wie die Warnungen Pekings zeigen.

Für Washington sind Sicherheit und Berechenbarkeit strategisch von größter Bedeutung. Ein Beispiel ist die Rede, die sie im August 1991 der damalige Präsident George H. Bush in Kiew hielt. Er forderte die Ukrainer auf drei Wochen vor dem siegreichen Unabhängigkeitsreferendum in der Werchowyna Rada, ihre „nationalistischen Hirngespinnste“ aufzugeben und in der Sowjetunion zu bleiben. Zwei Faktoren veranlassten ihn zu dieser Entscheidung: die Sorge um die Sicherheit des sowjetischen Atomwaffenarsenals und die Unterstützung der Reformen von Gorbatschow. Das Schicksal der Ukraine und anderer späterer unabhängiger postsowjetischer Republiken war von untergeordneter Bedeutung. Die Zukunft der Beziehungen zu einem Russland, das mit dem Westen zusammenarbeitet, war auch der Grund für die lang anhaltenden Zweifel und das Zögern in Bezug auf den Beitritt Polens zur NATO.

Nach dem Jahr 1989 bemühten sich die USA und die NATO um Beziehungen zu Russland, die auf vereinbarten Grundsätzen der Zusammenarbeit beruhen, und argumentierten, dass die Maßnahmen des Westens und die NATO-Erweiterung nicht darauf abzielten, Russland zu schwächen, und schon gar nicht darauf, durch die Unterstützung nationaler Separatismen zur Zersetzung des Landes beizutragen. Daher auch die praktisch nicht vorhandene Reaktion des Westens auf die blutigen Tschetschenienkriege.

Aufstieg der Ukraine im strategischen Denken des Westens

Bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 2022 galt die Ukraine nicht als unabhängige Einheit. Erinnern wir uns an die sehr begrenzte Reaktion auf den Angriff und die Annexion der Krim 2014. Der Durchbruch kam mit der heldenhaften Verteidigung der Ukrainer und der Niederschlagung des russischen Angriffs auf Kiew sowie der russischen Verbrechen in Butscha, Irpin und vielen anderen Orten. Hoffnungen, Illusionen oder das Festhalten an vergangenen Konzepten werden unter dem Eindruck der Ereignisse nur sehr langsam aufgegeben, vor allem wenn erkannt wird, dass die Bedrohung real ist und gleichzeitig durch Verhandlungen verhindert werden kann. Das Denken über die Ukraine wurde von den Äußerungen des britischen Premierministers Chamberlain beherrscht, der 1938 die Tschechoslowakei als „ein fernes Land, von dem wir nichts wissen“ bezeichnete.

Neville Chamberlain wollte um jeden Preis einen Krieg mit Deutschland vermeiden und rechtfertigte damit den Abschluss des Münchner Abkommens mit Hitler über die Teilung der Tschechoslowakei. Bei seiner Rückkehr nach London schwenkte er auf dem Flughafen den Text des Abkommens und verkündete: „Ich habe euch den Frieden gebracht“, woraufhin Winston Churchill kommentierte: „Chamberlain glaubt, den Krieg um den Preis der Schande beendet zu haben. Unterdessen wird er sowohl Schande als auch Krieg haben“.

In der europäischen Publizistik gibt es viele Verweise auf München und die Appeasement-Politik (Beschwichtigungspolitik), aber die Geschichte wiederholt sich nicht, auch wenn die Illusionen der Absicht und die Beteuerungen eines Autokraten, er wolle Frieden, ähnlich sind. Zweifellos ist fast jeder im Westen bestrebt, Russland zu besiegen und militärisch so zu schwächen, dass es auf Jahre hinaus keine Offensivaktionen mehr unternehmen kann. Die Niederlage Russlands, die als Verteidigung der ukrainischen Staatlichkeit definiert wurde, präjudiziert jedoch nicht die Frage der künftigen Grenzen. Das wiederum bedeutet, dass eine so verstandene Niederlage Russlands nicht unbedingt einen Sieg der Ukraine bedeuten würde.

Die fragile Einheit des Westens

Im Dezember 2022 sprach Präsident Zelenski während seines Gesprächs mit Biden in Washington wiederholt, auch öffentlich, z. B. in einer Rede vor dem Kongress, von einem Sieg, als Präsident Biden die Unterstützung der USA für die Entschlossenheit der Ukrainer erklärte, „ihren eigenen Weg zu wählen“. Bezeichnenderweise wies er jedoch darauf hin, dass die Ausstattung der Ukraine mit stärkeren Offensivwaffen zu einer Spaltung der Europäischen Union und der NATO führen könnte, eine Anspielung auf die Spannungen zwischen den Verbündeten.

Trotz ihrer Differenzen bewahren die Verbündeten in der NATO und der EU die Einheit, die als höchster Wert angesehen wird. Drei Faktoren waren ausschlaggebend dafür, dass die Entwicklung eines gemeinsamen Standpunkts gegenüber Russland möglich war:

1. die Aggression Russlands und die begangenen Verbrechen, die überall einen Schock auslösten, da es zuvor so aussah, als sei ein Krieg zwischen Staaten in Europa heute nicht mehr möglich
2. die heldenhafte und für viele überraschend wirksame Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte und der Gesellschaft als Ganzes
3. die Führungsrolle der Vereinigten Staaten und das Ausmaß ihres Engagements in Europa.

Diese drei Elemente haben das Feld derjenigen eingegrenzt, die an ein schnelles Ende des Konflikts denken, wenn auch nur um den Preis eines Einfrierens und territorialer Zugeständnisse der Ukraine. Sie lassen die Regierungen jedoch nicht aus den Augen, dass weder Russland noch die Ukraine mit westlicher Hilfe einen vollständigen Sieg erringen können.

Polen wünscht sich eine Welt ohne Supermacht Russland

Früher, auch nach dem Ende des Kalten Krieges, herrschte im Westen eine „Russland-über-alles“-Politik, die so genannte Russia-First-Policy, und selbst wenn die Situation der Ukraine in Betracht gezogen wurde, geschah dies mit Blick auf die Auswirkungen auf das Verhalten Moskaus. Daher wurde die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO im Jahr 2008 blockiert. Nach der russischen Aggression begann der Westen, die Ukraine als autonome Einheit zu behandeln, und die Politik gegenüber Russland konzentriert sich auf die Eindämmung des Moskauer Imperialismus. Solange Putin an der Macht ist, gibt es keinen Raum für eine neue Entspannungspolitik.

Die vorherrschende Tendenz in Polen und den baltischen Staaten ist es, eine Welt ohne Russland zu sehen. Es soll isoliert, ruiniert und sich selbst überlassen werden. Die westlichen Strategen berücksichtigen jedoch, dass sie es mit einer gefährlichen, weil aggressiven Atommacht zu tun haben, die von einer nationalistischen Ideologie angetrieben wird, die darauf abzielt, ihren Einfluss in der Region und in der Welt zurückzugewinnen. Deshalb werden Politiker wie Macron, Scholz, aber auch Biden, die versuchen, einen politischen Rahmen gegenüber Russland zu formulieren, wenn auch nur nach Putin, in der Region mit Misstrauen behandelt. Deutschland wird zu Recht dafür kritisiert, dass es die Nord-Stream-Gaspipeline im eigenen Interesse und im Interesse Russlands gebaut und dafür mit einem Verlust an Autorität und Einfluss bezahlt hat. Bei uns aber werden Deutschland und Frankreich für die Energieabhängigkeit des Westens mitverantwortlich gemacht, als ob Polen nicht russisches Gas, Öl und Kohle kaufen würde.

Amerikanische Unterstützung für die Ukraine wird schwächer

In den Vereinigten Staaten überwiegt die Unterstützung für die Ukraine. Es gibt eine nicht unerhebliche Anzahl von Analysen und Meinungen - z. B. einen kürzlich erschienenen Bericht des Rand Corporation Center - dass „die Ukrainer kämpfen und sterben, um ihr Land gegen eine nicht provozierte, illegale und moralisch verwerfliche russische Invasion zu verteidigen“, aber das bedeutet nicht, dass die Interessen der Ukraine mit den strategischen Interessen der Vereinigten Staaten übereinstimmen. Für die USA ist die Gefahr eines Krieges mit China die größte Bedrohung.

Gleichzeitig zeigen Umfragen, dass eine wachsende Zahl von Amerikanern, insbesondere Anhänger der Republikaner, das Engagement der USA zur Unterstützung der Ukraine für übertrieben halten. [...]

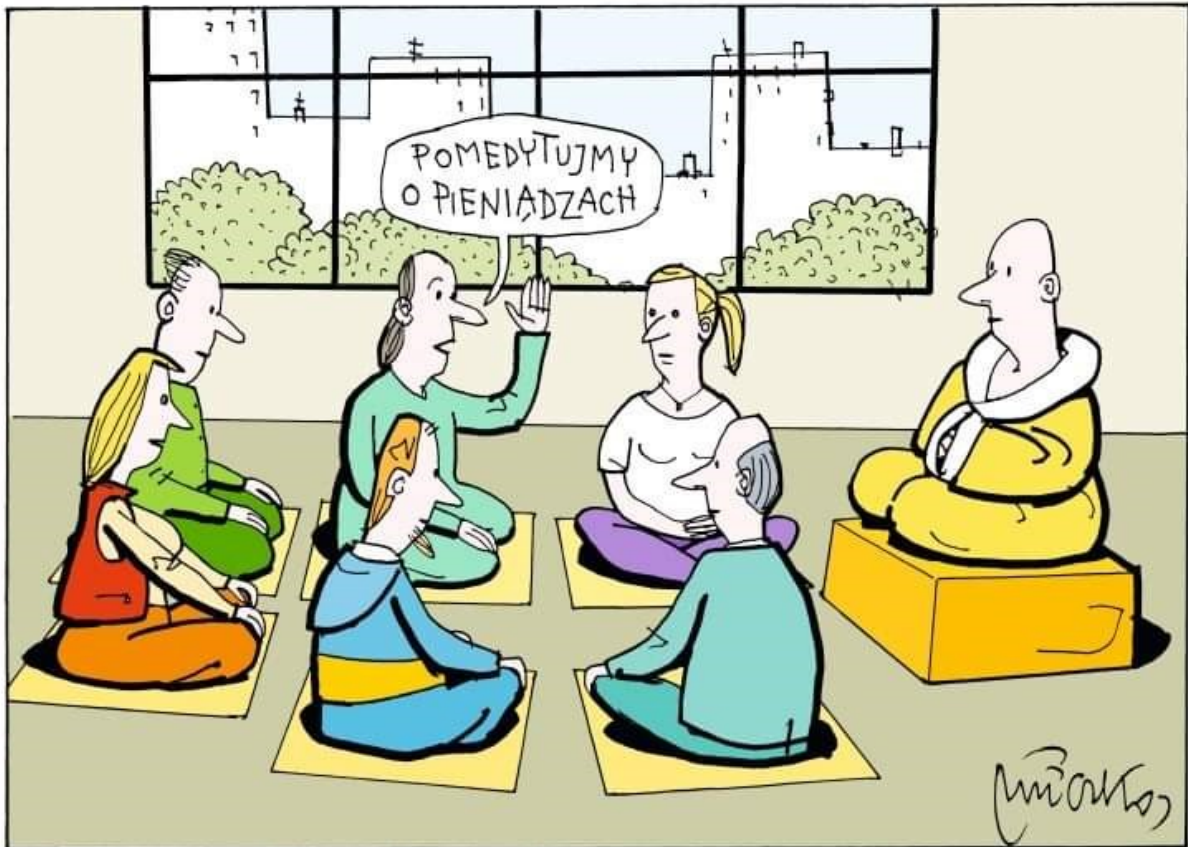
Der Slogan des Tages für die Verbündeten in der NATO und der Europäischen Union bleibt bestehen: „Wir werden die Ukraine so lange unterstützen, wie es nötig ist“. Wir nehmen dies mit Genugtuung zur Kenntnis, sollten aber dennoch die Kämpfe an der Front, den Wandel der öffentlichen Meinung und die laufende Debatte aufmerksam verfolgen und verschiedene mögliche Entwicklungsszenarien in Betracht ziehen.

Polen und die baltischen Staaten leisten massive Hilfe für die Ukraine, vor allem in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP. Wir tun dies in der Überzeugung, dass dies unser Krieg ist, denn ein Sieg des revanchistischen Russlands könnte in ein paar Jahren oder in einem Dutzend Jahren einen direkten Zusammenstoß mit ihm bedeuten. In der polnischen Optik erscheint der Sieg über Moskau als das ultimative Ziel, während die Gestaltung der künftigen Beziehungen zu Russland nicht im Vordergrund steht. Anders sieht es in den USA und den großen westeuropäischen Ländern aus, wo Russland als ein Faktor wahrgenommen wird, der ständig präsent sein wird und in strategischen Plänen berücksichtigt werden muss.

Polen hat als Unterstützungszentrum für die Ukraine an Bedeutung gewonnen, aber die Konflikte der derzeitigen Regierung mit den EU-Institutionen und der großen Mehrheit der Regierungen der Mitgliedstaaten berauben Warschau der notwendigen Autorität, um die künftige Linie des gesamten Westens wirksam zu beeinflussen. Das ist das eigentliche Drama der polnischen Außenpolitik im Jahr 2023.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,29430854,wojna-ukrainy-czy-wojna-zachodu.html>



www.mleczko.pl

LASST UNS ÜBER GELD MEDITIEREN

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Dominika Wielowieyska: Tusk half der Opposition, der Falle von Morawiecki zu entgehen



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Dominika Wielowieyska**

Hatten wir in der Frage des Obersten Gerichtshofs und des Nationalen Wiederaufbauplans gute Karten in der Hand, konnten wir die PiS zu Zugeständnissen zwingen?

Donald Tusk hat die Frage des Gesetzes über den Obersten Gerichtshof gut gespielt, denn er weiß sehr genau, was Mateusz Morawiecki vorhat.

Der Senat hat eben das Gesetz über den Obersten Gerichtshof geändert und damit einen Schritt zur Erfüllung der Meilensteine getan. Es geht um die im Nationalen Wiederaufbauplan verankerten Bedingungen für die Auszahlung von Geldern an Polen. Die demokratische Opposition hat dieses Gesetz im Sejm nicht blockiert, obwohl sie theoretisch die Möglichkeit dazu gehabt hätte, da sie zusammen mit *Solidarna Polska* und *Konfederacja* die Änderung hätte ablehnen können. Sie enthielt sich jedoch der Stimme, da sie der Ansicht war, dass sie bis zum Ende für eine Verbesserung des Gesetzes kämpfen könnte und dass es letztlich besser sei, wenn das Gesetz in dieser unvollkommenen Form in Kraft trete, als wenn es ganz verloren ginge. So half sie Premierminister Morawiecki, den Gesetzentwurf trotz Ziobros Aufbegehren durch das Parlament zu bringen. Die Partei *Polska 2050* von Szymon Hołownia und drei Senatoren sind dagegen immer noch der Meinung, dass sie gemeinsam mit *Solidarna Polska* und

Konfederacja gegen den Gesetzentwurf hätten stimmen sollen. Diese Senatoren haben dies bei der letzten Abstimmung deutlich gemacht. Ihre Argumentation - die vor allem vom stellvertretenden Senatssprecher Michał Kamiński vertreten wird - lautet: Wir hatten gute Karten in der Hand, wir hätten die PiS zu Zugeständnissen zwingen können, wir hätten unsere eigenen harten Bedingungen stellen können, wir hätten den Gesetzentwurf blockieren können, wir haben es nicht getan, und das ist ein Fehler. Dies wird auch von Hołownia wiederholt. Er fügt hinzu, dass die Rechtsstaatlichkeit nicht für EU-Geld verkauft werden darf.

Dieses Argument überzeugt mich nicht. Die Änderung des Gesetzes über den Obersten Gerichtshof hat ein positives Element - sie erweitert die Möglichkeiten der Prüfung von Richtern - und ein anderes, fragwürdiges Element - sie überträgt Disziplinarfälle an das Oberste Verwaltungsgericht, was verfassungswidrig ist, da dieses Gericht keine derartigen Befugnisse hat. Aber insgesamt gesehen wird die Rechtsstaatlichkeit nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert, wenn es um den Schutz der Bürger geht, die Opfer von PiS-Nominierten vor Gericht werden könnten. Außerdem twitterte Justizkommissar Didier Reynders, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung sei.

OGH-Gesetz verabschiedet, OGH-Gesetz abgelehnt - immer gewinnt die PiS

Betrachten wir die Frage unter dem Gesichtspunkt der politischen Taktik. Bei allem Respekt vor den aktivsten Verfechtern der Rechtsstaatlichkeit, deren Verdienste nicht hoch genug eingeschätzt werden können, regt die Frage der Übertragung von Disziplinarfällen an das Oberste Verwaltungsgericht die allgemeine Phantasie nicht an. Wenn es sich um so eklatante Schritte wie die Zerstörung des Gerichtshofs und die Politisierung des Nationalen Strafgerichtshofs handeln würde, dann sollte die Reaktion angemessen sein. Aber dieses Gesetz richtet keinen Schaden an, das sind Themen, die nach den Wahlen in aller Ruhe abgeschraubt werden können, sofern die Opposition sie gewinnt.

Schauen wir uns das Argument an, dass die demokratische Opposition in der Lage war, die PiS zu schockieren und ihr harte Bedingungen zu stellen. Das ist ein sehr naives Denken. Ein Politiker muss, wie ein Schachspieler, die Pläne seines Gegners mehrere Züge im Voraus erkennen.

Es ist klar, dass die PiS keine harten Bedingungen der Opposition akzeptiert hätte. Sie würde den Gesetzentwurf bei der Abstimmung einfach passieren lassen. Und das würde ihr auch sehr zugutekommen. Sie könnte die Opposition für die Probleme verantwortlich machen. Premierminister Morawiecki weiß sehr wohl, dass die EU-Gelder frühestens im Sommer fließen werden und es noch viele Monate dauern wird, bis sie einen Nutzen bringen. Diese Mittel werden der PiS also keinen politischen Nutzen im eigentlichen Sinne bringen. Denn es geht auch nicht um Geld, sondern um das Image und darum, sowohl den Polen als auch den westlichen Investoren zu beweisen, dass die Regierung Morawiecki verantwortungsbewusst ist und den Streit mit der Europäischen Union beilegen will. Und nur dafür brauchen sie dieses Gesetz, sie müssen der Opposition nicht nachgeben oder deren Bedingungen erfüllen, denn jedes Szenario ist gut für sie: sowohl das verabschiedete als auch das mit der Opposition abgelehnte Gesetz.

Es geht nur um den Schein, denn Morawiecki weiß, dass die polnische Gesellschaft EU-freundlich ist. Deshalb will er die gemäßigten Wähler bei der Stange halten, die für die PiS gestimmt haben, aber einige von Kaczyńskis Maßnahmen zu radikal finden. Der Premierminister versucht zu vermeiden, dass sie bei den Wahlen zuhause bleiben. Deshalb ist die Botschaft wichtig: Wir wollen mit der EU auskommen. Und ob das Geld tatsächlich fließen wird - denn der Weg dorthin ist mit vielen Hindernissen gepflastert - ist aus Sicht der PiS zweitrangig. Unabhängig davon, ob die Opposition den Gesetzentwurf unterstützt hätte oder nicht, wäre dieses Signal an die Wähler der PiS light gesendet worden. Hätte es den von der Europäischen Kommission gelobten Gesetzentwurf blockiert, wäre dies sogar eine gute Nachricht für Kaczyński gewesen, denn ein solches Manöver hätte die Vereinigte Rechte wieder gestärkt und interne Streitigkeiten entschärft.

Tusk weiß, dass er eine radikale Wählerschaft nicht verliert

Tusk kennt diese Fallstricke sehr gut, denn er kennt sich mit der Politik aus. Und hier geht es um Effektivität, d.h. darum, ob die Opposition die Wahlen gewinnt, damit die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden kann. Tusk wusste, dass die Opposition über nichts verhandeln würde können,

nur die wankelmütige Wählerschaft, für die das Spiel jetzt gespielt wird, würde zu dem Schluss kommen, dass nicht Morawiecki, sondern Tusk die Schuld an der Blockade der Mittel trägt. Und die PiS wäre zufrieden. Daher ist es aus Sicht der Opposition besser, ein Spiel zu spielen, das weiterhin zeigt, dass das Lager der Vereinigten Rechten allein für das fehlende Geld aus dem Nationalen Wiederaufbauplan verantwortlich ist. Die Opposition macht ihnen keinen Strich durch die Rechnung, und wenn die Mittel nicht geflossen sind oder noch fließen werden, aber mit sehr großer Verzögerung und in geringem Umfang, dann liegt die Verantwortung allein bei der Regierungsformation.

Die Taktik der PSL und der Linken lag auf der Hand: Diese Parteien haben immer auf eine weniger radikale Wählerschaft gesetzt. Und es war klar, dass sie nicht gegen das OGH-Gesetz stimmen würden. Und ohne sie wäre es unmöglich gewesen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Tusk sorgt sich um eine Wählerschaft, die der PiS sehr kritisch gegenübersteht, aber dieses Mal hat er richtig kalkuliert, dass eine Gegenstimme der Opposition mehr schaden als nützen würde. Er weiß auch, dass er die radikale Wählerschaft nicht verlieren wird, die von POs Verhalten dieses Mal nicht begeistert war. Denn dieselbe Wählerschaft weiß auch, dass nur Tusk der Garant für eine kategorische Rechenschaftspflicht der PiS für diese wenigen Jahre der Herrschaft und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ohne jedes „Aber“ ist. Im Vergleich zu anderen Oppositionsführern ist der PO-Vorsitzende derjenige, der am konsequentesten in seinen Erklärungen ist.

An wessen Emotionen denkt Hołownia

Was Hołownia und seine Abgeordneten getan haben, könnte hingegen von unentschlossenen Wählern als inkonsequent angesehen werden. Das sind solche Menschen, die sich von dem Gesetz, dass das Oberste Verwaltungsgericht sich mit der Disziplinierung von Richtern befasst, nicht berühren lassen. Sie sehen es nicht als ein grundlegendes Problem an.

Polska 2050 spricht sich für ein Ende des totalen Krieges aus, will den PO-PiS-Clinch beenden und stellt die Interessen Polens in den Vordergrund. Das ist es, was die Linke in Partnerschaft mit der Bauernpartei gesagt hat. Unterdessen ist die Option, das OGH-Gesetz abzulehnen, für diese unentschlossenen Wähler eben genau ein Symptom für den totalen Krieg. Die Linke mit der PSL blieb ihrer Rhetorik treu. Wenn die Wechselwähler Hołownia unterstützen wollen - und *Polska 2050* hat sich sehr um sie bemüht, was sie mit der Notwendigkeit einer Trennung von der PO erklärt haben -, könnten sich diese Wähler jetzt ein wenig verwirrt fühlen. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass *Polska 2050* stärker an die Emotionen der radikalen PiS-Kritiker denkt.

(...)

Wo zwei sich streiten, profitiert die Opposition

Die Moral von der Geschichte ist: Aus der Sicht der Interessen der Opposition ist es gut, wenn die Vereinigte Rechte, weiterhin mit sich selber kämpft und über den Gesetzesentwurf streitet, sei es vor dem Verfassungsgericht oder innerhalb der Regierung. Und genau das wird wahrscheinlich passieren. Und die zweite Schlussfolgerung ist: Lassen wir uns nicht von Erklärungen täuschen, dass die Opposition der PiS bei dem OGH-Gesetz etwas hätte aufzwingen können, denn das sind nur Märchen zwischen Moos und Farn.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,29429149,dominika-wielowieyska-tusk-pomogl-opozycji-uniknac-pulapki.html>

Adam Michnik: Andrzej Poczobut ist ein heldenhafter, mutiger Mann. Er ist ein freier Bürger eines freien Weißrusslands und zeigt Stolz und Edelmut der alten Polen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Adam Michnik**

Andrzej Poczobut ist ein weißrussischer Journalist, Autor und politischer Aktivist, der aus der polnischsprachigen Minderheit in Weißrussland entstammt. Poczobut wurde in Weißrussland zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

[Anm. d. Ü.]

Dieses Urteil ist ebenso grausam wie schmachvoll. Das erinnert an die Urteile im Nazi-Reich z.B. an Carl von Ossietzky, in Stalins Russland, an Schauprozesse, bei denen weder Beobachter noch Freunde zugelassen waren, alles wurde geheim gehalten, wie es in den schlimmsten Zeiten in Geheimgerichten geschah.

Dieses Urteil ist gleichzeitig Lukaschenkos Rache an Andrzej, wie auch die beste Rezension von Andrzejs Buch über Lukaschenko.

Andrzej ist ein heldenhafter, mutiger Mann. Er ist, wenn man so will, freier Bürger eines freien Weißrusslands und zeigt Stolz und Edelmut der alten Polen. In gewisser Weise verkörpert er die wichtigsten Werte des heutigen Europas.

Deshalb sollte sich heute ganz Europa hinter Andrzej Poczobut stellen und alles tun, um ihn aus den Fängen dieser grausamen Unterdrücker, den würdigen Erben von Stalin und Hitler, zu befreien.

Es hat etwas Paradoxes an sich, dass in Russland die Stiftung *Memorial* verboten wird, in deren Nähe sich das Zentrum von Andrej Sacharow befand, dessen Denkmal noch in vielen russischen Städten steht.

Es wird auch – davon bin ich überzeugt – eine Gedenkstätte für Andrzej Poczobut in Grodno geben. Aber vorher wird er dieses Gefängnis verlassen, weil er dort einen freien Platz für Alexander Lukaschenko hinterlassen muss.

Andrzej, pass auf dich auf!

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,82983,29445814,adam-michnik-andrzej-poczobut-jest-czlowiekiem-heroicznym.html>

PiS stiehlt hemmungslos und unverschämt. Wird Kaczyński dafür bei der Wahlunterstützung zur Kasse gebeten?



Quelle: gazeta.pl

Ein Kommentar von **Prof. Jan Hartman**

Es sieht so aus, als ob die Verdorbenen und durch und durch verrotteten Behörden vor den Augen der Öffentlichkeit nach allem greifen, was sie können, denn ihr Ende ist nah. Und wenn das Ende nicht nahe ist, lohnt es sich umso mehr, zu stehlen. Die Affäre um den Anschlag auf öffentliche Gelder des Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulwesen, die dieser selbstbewusste und protzige Wichtigtuer schamlos an Handlanger von Partei und Kirche verteilte, damit diese Villen und Wohnungen für ihre „Organisationen“ kaufen konnten, markiert eine weitere Überschreitung der Grenze zur Schamlosigkeit und Unverschämtheit.

Und es geht nicht um die Millionen, die wieder einmal dreist gestohlen wurden (diesmal sind es nur etwa ein Dutzend – und was ist mit Szumowskis Beatmungsgeräten oder Ziobros „Gerechtigkeitsfonds“?), sondern um die Art und Weise, wie der Diebstahl erfolgte, und um das Verhalten des Ministers, des Premierministers und des Präsidenten, nachdem er aufgedeckt wurde. Die Unverfrorenheit dieser Leute kennt keine Grenzen. Anstatt Reue zu zeigen, schnaubt Czarnek nur höhnisch: Was, die Linke hat nichts bekommen? Und sie werden nichts bekommen! Warum diese Unhöflichkeit dieses Mannes? Wer hat ihm Schamlosigkeit und das Gefühl der Straffreiheit beigebracht? Liegt es vielleicht an der „katholischen Erziehung“?

Morawiecki ist nicht besser - mit seiner typischen Perversität und Heuchelei beglückwünschte er Czarnek zur Unterstützung von NGO's. Als der Präsident zu diesem Skandal befragt wurde, hatte der erste Skifahrer der Republik Polen die Unverfrorenheit, sich wieder einmal lächerlich zu machen und zu behaupten, dass dies doch kein Problem sei – einmal bekommt diese Organisation etwas, einmal eine

andere. Auch das ist eine Art, Gangster zu sein - Dummheit. Ein toller Gangster so ein Dummkopf, nicht wahr?

Eine derart dreiste Erschleichung von Millionen „für eine Nichtregierungsorganisation“ im Rahmen eines gefälschten Wettbewerbs ist in Polen ein Novum. Natürlich sind viele Auswahlverfahren so angelegt, dass die Auswahl der Gutachter für die Bewerbungen den Sieg der „eigenen“, d. h. nationalkatholischen, behördlichen Gefolgsleute garantiert. Hier versuchte jedoch niemand, den Schein zu wahren. Der Wettbewerb war hohl, die Kandidaten fiktiv, die Rezensenten schrieben negative Kritiken (in acht Fällen), und Czarnek verteilte ohnehin, was er wollte, an seine eigenen.

Warum? Denn in seinem Hochmut, der vor dem Fall kommt, ist er sich sicher, dass Tusk und Co. selbst so viel hinter den Ohren haben, dass sie es nicht wagen werden, ihn wegen Machtmissbrauchs ins Gefängnis zu bringen. Es gibt in Polen auch eine ungeschriebene Regel, die „eine Hand wäscht die andere“ heißt, d. h., dass Leute aus der vorherigen Regierungsmannschaft nicht für Verbrechen und Machtmissbrauch ins Gefängnis kommen, damit sie in Zukunft nicht aus Rache ihre Konkurrenten ins Gefängnis bringen, sobald sie wieder an die Macht kommen. Regeln funktionieren jedoch nicht unbegrenzt, und außerdem gibt es so etwas wie eine kritische Masse. Die Chancen stehen gut, dass sie gerade überschritten wurde.

Ich glaube nicht, dass Kaczynski oder Morawiecki - bei aller Unverfrorenheit ihrer Betrügereien - ins Gefängnis kommen werden. Der eine ist alt, der andere ist reich und weiß sich zu schützen. Auch Ziobro scheint mit seinem Archiv an Belegen zu mächtig zu sein. Aber Czarnek und die Dutzende anderer kleiner Gauner, die dieses durch und durch korrupte und demoralisierte Regime ausmachen? An ihrer Stelle hätten sie sich bereits ein Leben weit weg von Polen aufbauen müssen. Vielleicht in Albanien? Es besteht die Chance, dass eine Art von unvollkommener Justiz einige der Diebe und Verräter einholt, wenn nicht sogar erwischt.

Der Fall „Villa Plus“ könnte auch das Überschreiten einer kritischen Masse in der Wahrnehmung der Macht markieren. Ja, die PiS setzt sich in den unteren Schichten der Gesellschaft durch, wo es keinen Respekt vor dem Rechtsstaat, kein bürgerliches Ethos gibt, sondern der Glaube, dass alle Macht stiehlt, weit verbreitet ist. Diese Menschen glauben nicht an den Rechtsstaat und sind oft nicht einmal mit dem Begriff vertraut. Sie sind überzeugt, dass die Menschen alle gleich sind und dass derjenige, der höher sitzt, der größere Schurke ist. Wichtig ist, dass er einer von uns der Schurke ist und, wenn er stiehlt, dann teilt er und vor allem, dass er nicht „das Fußvolk“ bestiehlt. Für die Wähler der PiS bedeutet eine weitere Information wenig, dass sich die Behörden etwas angeeignet haben. Solange sie ihre Stimmen mit barem Geld bezahlen, ist der Diebstahl „an der Spitze“ für sie nur eine Bestätigung ihres Weltbildes. Es ist sogar gut, dass sie hemmungslos und unverschämt stehlen und nicht versuchen, dies zu vertuschen oder zu beschönigen. Diese Draufgänger! Unsere Jungs.

Ganz sicher schauen Millionen von Leuten genauso darauf. Aber es gibt jedoch auch Menschen, für die die „Villa Plus“-Affäre schmerzhafter sein wird als jede andere Affäre. Das sind die Hunderttausenden von Beamten und Angestellten, die in unzähligen Unternehmen und Ämtern täglich lange arbeiten, um dafür zu sorgen, dass jeder Papierkram und jeder Geldbetrag in der sprichwörtlichen Excel-Datei bis auf den letzten Pfennig korrekt ist. Über diesen „kleinen Leuten“ schwebt ständig eine „Kontrolle“, die in ihren Protokollen irgendein Blödsinn über „Überschreitungen“ von zehn Cent und das Fehlen einer Initiale auf Seite 75 des Vertrags schreibt. Eine dumpfe, auf Misstrauen basierende Bürokratie plagt die einfachen Arbeitnehmer, soweit das Auge reicht, und der einzige Grund für ihre Existenz ist, dass sie angeblich ein Bollwerk gegen Korruption sind. Inzwischen ist es nur noch eine Fassade, hinter der die Korruption, und zwar die schamloseste, gedeiht.

Für die tausenden von polnischen Buchhaltern, die verschiedene Anträge und Zuschüsse abrechnen, ganz zu schweigen von den Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen, die in ständigem Stress leben, dass man „etwas findet“, ist die Nachricht, dass ein paar kleine Spinner, ein paar Schnüffler im Auftrag der Behörden, Millionen aus den öffentlichen Kassen stehlen, und dass die oberste Behörde, indem sie diesen Diebstahl organisiert, selbst das letztere Mindestmaß an Respekt vor den Menschen verweigert, der sich in der Wahrung des Scheins ausdrückt, wie ein Hohn und Spott. Hier muss man jede Spalte, jede Unterschrift

und jeden Zehner im Auge behalten, und die da oben wollen nicht einmal so stehen, dass die Papiere wenigstens auf den ersten Blick übereinstimmen. Nichts dergleichen. Sie gründen einfach eine Geisterfirma und kaufen mit dem Geld des Ministers eine Villa. Sie müssen die Rezensenten nicht einmal bestechen oder nach bereits bestochenen Rezensenten suchen. Es spielt keine Rolle, was in den Zeitungen steht. Denn Papiere sind für die kleinen Leute. Die Czarneks und Bischöfe stehen über dem Gesetz - und das Volk sollte das auch wissen.

Ich hoffe, dass die Demütigung Hunderttausender hart arbeitender Menschen, die sich dafür einsetzen, dass der Staat ein Staat ist, d. h. mit Regeln und Verfahren, und nicht ein privater Gutshof von Partei- und Kirchenbonzen, von den Wählern bestraft werden wird. Ich kann die nächsten Umfragen kaum erwarten! Vielleicht ist die „Villa Plus“ der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt?

Zsfg.: AV

<https://hartman.blog.polityka.pl/2023/02/04/pis-kradnie-na-rympal-czy-kaczynski-zaplaci-poparciem/?nocheck=1>

Europäische Kommission bestätigt: Keine Auszahlung von Kohäsionsfonds, wenn Polen die Unabhängigkeit der Justiz nicht wiederherstellt



Quelle: oko.press

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki feiert im Warschauer Königsschloss den Beginn der neuen EU-Finanz-Vorausschau, sagt aber nichts zu der Tatsache, dass vorerst keine EU-Gelder nach Polen fließen können. Das Problem ist die Unabhängigkeit der Justiz, sagten EU-Kommissare nach der Zeremonie

Von **Paulina Pacula**

Genau die gleichen Probleme, die Auszahlungen aus dem Nationalen Wiederaufbauplan verhindern, stehen auch den Auszahlungen aus dem Kohäsionsfonds für Polen im Weg. Es geht um den unerfüllten Meilenstein in Bezug auf die Unabhängigkeit der Judikative. Dies bestätigten die EU-Kommissare für Kohäsion und Reform, Elisa Ferreira, und für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, am Mittwoch, den 8. Februar, in einem Interview mit Journalisten.

Die derzeitige Gestaltung der Justizgesetze, das verfassungswidrige System der Disziplinierung von Richtern, die Nichtumsetzung von Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union. Dies sind Probleme, die sich ändern müssen, wenn mehr als Vorauszahlungen und geringfügige technische Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds 2021-2027 nach Polen fließen sollen, so Ferreira und Schmit.

Es zeigt sich also, dass genau das, was der Auszahlung von fast 35 Milliarden Euro aus dem Nationaler Wiederaufbauplan an Polen im Wege steht, auch der Auszahlung von 76,5 Milliarden Euro aus den Kohäsionsfonds im Wege steht.

Morawiecki versichert: Die Mittel fließen

Auf Einladung von Premierminister Mateusz Morawiecki erschienen die EU-Kommissare am Mittwoch im Königlichen Schloss zur Eröffnung der neuen Finanz-Vorausschau der EU für 2021-2027. Nach der Zeremonie, bei der auch die Genehmigung aller acht nationalen und 16 regionalen kohäsionspolitischen Ausgabenprogramme durch die Kommission bekannt gegeben wurde, trafen die Kommissare Ferreira und Schmit mit Journalisten zusammen. OKO.press nahm an dieser Sitzung teil.

Bislang hat die Regierung Probleme bei der Auszahlung von EU-Mitteln an Polen aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit mit der Behauptung abgetan, dass es zwar Probleme mit dem Nationalen Wiederaufbauplan gebe, die Auszahlung der Kohäsionsfondsmittel für den Zeitraum 2021-2027 aber nicht gefährdet sei. Das war auch bei der feierlichen Eröffnung der neuen EU-Finanziellen Vorausschau 2021-2027 im Königlichen Schloss nicht anders.

In seiner Rede betonte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass Polen in dieser Finanz-Vorausschau 76,5 Mrd. EUR, d. h. fast 350 Mrd. PLN, erhalten wird, womit wir (erneut) der größte Begünstigte des Kohäsionsfonds sind.

„Dies ist ein großer Verhandlungserfolg für die polnische Regierung, denn der neue Haushalt ist ein Haushalt der Kürzungen“, erinnerte der Premierminister. „Als die Haushaltsverhandlungen vor Jahren stattfanden, war überhaupt nicht klar, dass Polen der größte Nutznießer der Kohäsionsfonds sein würde“, sagte Morawiecki. „Wir haben es geschafft“, sagte er.

Die Gelder aus der neuen Perspektive sollen unter anderem für die Gesundheitsversorgung, die Infrastruktur, die Rettung des Klimas oder die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eingesetzt werden, führte Morawiecki auf. Die ersten Vorauszahlungen seien bereits geleistet worden, versicherte er. Bislang wurden rund 5,2 Milliarden PLN nach Polen überwiesen. Von diesen Vorschüssen sollen 3 Mrd. Euro für die Fortführung der nationalen Programme und rund 2 Mrd. Euro für regionale Programme verwendet werden.

„Um es klar zu sagen: Die EU-Gelder fließen in Strömen nach Polen“, betonte der Premierminister. „Neue Mittel für Polen sind bereits aktiv, die ersten Vorschusszahlungen sind bereits eingetroffen (...) Um es klar zu sagen: Die EU-Mittel fließen nach wie vor in großen Mengen nach Polen“.

Polen erfüllt eine der Grundvoraussetzungen nicht

Dies ist jedoch nur eine Halbwahrheit. Ja, Vorschüsse und technische Hilfe fließen, nationale und regionale Programme wurden von der Europäischen Kommission genehmigt, Wettbewerbe können vorbereitet werden und die Umsetzung kann beginnen. Wie OKO.press jedoch vor ein paar Tagen in der Europäischen Kommission herausfand, erfüllt Polen immer noch nicht eine der Grundvoraussetzungen, um Zahlungen aus der Kohäsionspolitik zu erhalten. Dies ist die Frage der Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC).

Die Charta der Grundrechte ist eine Sammlung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte, zu deren Einhaltung alle EU-Staaten verpflichtet sind. Die Charta trat 2007 mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft. Die Bindung der Auszahlungen an die Einhaltung des GRC ist eine Vorschrift, die sich aus mehreren Verordnungen ergibt. Unter anderem die Regelung der so genannten gemeinsamen Regeln für die Verwendung von EU-Mitteln und des allgemeinen Systems der Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts. Inzwischen hat Polen die Probleme in diesen Bereichen sehr genau diagnostiziert. Darauf hat das Europäische Parlament in seinen Entschlüssen wiederholt hingewiesen. Sie werden durch regelmäßige Bewertungen der Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters oder schließlich durch Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union bestätigt.

Dies macht es unmöglich, die entsprechenden Mittel auszuzahlen. Solange die Grundvoraussetzungen nicht erfüllt sind, erstattet die EG keine Ausgaben für Projekte.

In einer solchen Situation hat die Europäische Kommission nur das Recht, kleine Vorschüsse und technische Hilfe zu zahlen. Dies entspricht maximal 1,5 Prozent der Gesamtmittelausstattung. Es sind diese Gelder, die nach Polen fließen, sagte Ministerpräsident Morawiecki im Königsschloss. Darüber

hinaus ist auch eine Erstattung der entstandenen Kosten möglich, wenn die Ausgaben zur Erfüllung der Grundvoraussetzungen notwendig waren.

Die Erstattung der den Begünstigten entstandenen Projektkosten ist nur möglich, wenn Polen die Grundvoraussetzungen erfüllt.

Das Thema ist klar, es geht um die Unabhängigkeit der Gerichte.

Um Mittel aus dem EU-Haushalt, einschließlich der Kohäsionsfonds, zu erhalten, muss ein Mitgliedstaat sicherstellen, dass er im Einklang mit den Grundsätzen der Grundrechte-Charta handelt. Dazu gehört, dass sie „das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und Zugang zu einem unparteiischen Gericht“ oder die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung garantiert.

„Die Unabhängigkeit der Justiz als eines der in der Charta der Grundrechte verankerten Grundprinzipien ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Auszahlung von Kohäsionsmitteln“, sagte Kommissarin Ferreira bei einem Treffen mit Journalisten nach der Feier im Schloss.

Es ist das erste Mal, dass eine Person aus der Europäischen Kommission so offen zugibt, worüber OKO.press bereits geschrieben hat. Eine Bedingung für die Auszahlung von Kohäsionsfonds, wie der KPO, ist die Instandsetzung des polnischen Justizsystems.

Interessanterweise zog es Kommissarin Ferreira vor, dies in einer geschlossenen Sitzung mit Journalisten zuzugeben und nicht während einer Gala-Sendung im öffentlichen Fernsehen. In ihrer Rede im Königlichen Schloss erwähnte sie nur in einem Satz, dass es noch einige „Probleme zu lösen“ gebe:

„Jetzt ist es an der Zeit, von Plänen zu Taten überzugehen (...), um die notwendigen Reformen durchzuführen, (...) um die Grundvoraussetzungen zu verwirklichen. Auf diese Weise wird Polen in der Lage sein, die zahlreichen Möglichkeiten zu nutzen, die die Kohäsionsprogramme bieten“. Außerdem verkündete sie den unbestreitbaren Erfolg, dass Polen für den Zeitraum 2021-2027 den höchsten Betrag an Fördermitteln erhält.

Bei einem Treffen mit Journalisten erklärte Kommissarin Ferreira, warum die Unabhängigkeit der Gerichte so wichtig ist: „Die Fälle, die vor Gericht verhandelt werden, sind sehr oft Streitigkeiten zwischen den Begünstigten und den Behörden. Daher ist die Unabhängigkeit der Justiz eines der wichtigsten horizontalen Kriterien für den Zugang zu den Mitteln. Dies ist jedoch nicht das einzige Thema, das von der Charta der Grundrechte abgedeckt wird. Es geht auch um die Gleichstellung von Männern und Frauen, um den Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Diese Grundsätze müssen respektiert werden, und zwar dauerhaft“, sagte Elisa Ferreira.

Was bedeutet das? Die Einhaltung der Grundvoraussetzungen muss nicht nur bei der Einrichtung der Fonds, sondern während des gesamten Programmplanungszeitraums gewährleistet sein.

„Sollte zu irgendeinem Zeitpunkt festgestellt werden, dass eines der horizontalen Kriterien erneut nicht erfüllt ist, werden die Zahlungen so lange zurückgehalten, bis die Anforderungen wieder erfüllt sind“, betonte Kommissarin Ferreira.

Polen verhandelt über Änderungen im Justizwesen

Es scheint also, dass das, was Polen die Auszahlung von insgesamt fast 35 Milliarden Euro aus dem Nationalen Wiederaufbauplan verhindert, auch die Auszahlung von 76,5 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds verhindert. Bei der Europäischen Kommission ist ein Fall anhängig, der die Auszahlungen aus allen EU-Fonds an Polen betrifft.

„Es gibt einen laufenden Dialog [zwischen Polen und der Kommission über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Gerichte – Anmerkung der Redaktion]. Die Kommission behandelt das Thema horizontal, es ist ein Prozess, bei dem die Einhaltung der Bedingungen für die Auszahlung aller Mittel aus dem EU-Haushalt vereinbart werden muss“, erklärt Kommissarin Ferreira.

Es ist Sache Polens, der Kommission mitzuteilen, dass die Einhaltung der Vorschriften, d. h. die Instandsetzung des Justizsystems, erreicht wurde.

Am Mittwoch, den 8. Februar, beschloss der Sejm die endgültige Form des Gesetzes über den Obersten Gerichtshof zur Freigabe von Mitteln aus dem Nationalen Wiederaufbauplan. Disziplinarfälle von Richtern sollen vor dem Obersten Verwaltungsgericht verhandelt werden, obwohl dies – wie der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts selbst und Dutzende anderer Experten warnen – gegen die Verfassung verstößt.

Die Europäische Kommission schlägt jedoch vor, dass die Gesetzesänderung ausreichen sollte, um die für Polen im Wiederaufbaufonds reservierten Mittel freizugeben. Es bleibt jedoch eine weitere Unbekannte. Wir wissen nicht, was Präsident Duda mit dem Gesetz tun wird (unterzeichnen, ein Veto einlegen oder an das Przyłębska-Tribunal überweisen). Wir wissen nicht, welche Folgen dies für die Entscheidungen in Brüssel haben wird. Wenn die Europäische Kommission jedoch der Ansicht ist, dass die jüngste Änderung des Gesetzes über den Obersten Gerichtshof die Meilensteine für das Justizwesen erfüllt, wird dies höchstwahrscheinlich auch ausreichen, um Gelder aus dem EU-Kohäsionsfonds zu erhalten.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/ke-potwierdza-nie-bedzie-wyplat-niezaleznosci-sadow>

Polen liegt beim Zugang zu Verhütungsmitteln an letzter Stelle in Europa. Höher liegen Russland und Weißrussland



Quelle: [oko.press](https://www.oko.press)

Seit 2019 ist Polen das Schlusslicht der europäischen Rangliste beim Zugang zu Verhütungsmitteln. Selbst Russland, Weißrussland und die Türkei, die nicht gerade für ihre Achtung der reproduktiven Rechte bekannt sind, stehen besser da. Das Vereinigte Königreich belegte den ersten Platz, dicht gefolgt von Frankreich und Belgien.

Jedes Jahr im Februar legt das Forum für Sexuelle und Reproduktive Rechte des Europäischen Parlaments eine Rangliste des Zugangs zu Verhütungsmitteln in Europa vor. Die Experten berücksichtigen Zugang zu Verhütungsmitteln, Zugang zu medizinischer Beratung und Zugang zu Informationen.

Es ist das vierte Mal in diesem Jahr, dass Polen mit einem Ergebnis von 33,5 Prozent auf dem letzten Platz landet, mit dem gleichen Ergebnis wie 2022, 1,6 Prozentpunkte niedriger als 2020. Den höchsten Wert erreichte das Vereinigte Königreich mit 96,9 Prozent.

Einen tiefen Fall in der Rangliste verzeichnete die Ukraine, die 51,7 Prozent erreichte, verglichen mit 58,6 Prozent im Jahr 2022. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Kriegsbedingungen. Auch Ungarn hat sich verschlechtert: Im Jahr 2022 erreichte es 44,9 Prozent, jetzt sind es 40 Prozent.

Was genau wurde untersucht und wie hat Polen in den verschiedenen Segmenten abgeschnitten?

Im ersten Segment - Zugang zu Verhütungsmitteln - lauteten alle Antworten für Polen „nein“. Nein, Polen erstattet keine Kosten für Verhütungsmittel für Jugendliche. Nein, Polen erstattet keine Kosten für Verhütungsmittel für benachteiligte Gruppen (Arbeitslose, Bedürftige). Nein, Polen erstattet für niemanden irgendeine Art von Verhütungsmitteln. Im Vergleich dazu: In Albanien, Andorra, Belgien, Estland, Frankreich, Island, Irland, Luxemburg, Moldawien, Portugal, Slowenien und dem Vereinigten Königreich sind alle Arten von Erstattungen aufgeführt.

Im zweiten Segment - Zugang zu Beratung - konnte Polen keinen rezeptfreien Zugang zu Hormontabletten, einschließlich der Pille danach, vorweisen. Wie die Tabelle zeigt, sind wir das einzige Land in Europa, in dem für die Notfallverhütung eine Verschreibung erforderlich ist. Polen hat 2017 die Verschreibungen wiedereingeführt.

Im Bereich Nr. 3 - Zugang zu Informationen - schneiden wir besser ab, aber es ist anzumerken, dass diese Informationen von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt werden, d. h. von allen Vereinigungen, Stiftungen, informellen Gruppen (wie z. B. der Föderation für Frauen und Familienplanung oder dem Abtreibungs-Dreamteam), und nicht etwa vom Gesundheitsministerium oder dem Nationalen Gesundheitsfonds.

Empfängnisverhütung in Europa – Rangliste

Dies ist die sechste Ausgabe des Empfängnisverhütungsatlas, der vom Forum für sexuelle und reproduktive Rechte des Europäischen Parlaments (einem Netzwerk von Europaabgeordneten, die sich für reproduktive Rechte einsetzen) erstellt wird. Die Mitglieder des Forums bilden parlamentarische Teams für reproduktive Rechte in den nationalen Parlamenten. In Polen ist es die parlamentarische Gruppe für Bevölkerung, Gesundheit und Entwicklung unter dem Vorsitz der linken Abgeordneten Joanna Scheuring-Wielgus.

Die Rangliste selbst wird von Experten auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit erstellt. Die vorangegangenen Ausgaben des Atlas fanden 2017, 2018, 2019 und 2020 statt, wobei alle 46 europäischen Länder (die ganz oder teilweise in Europa liegen) berücksichtigt wurden. In jeder Ausgabe lag Polen auf den letzten Plätzen der Rangliste, aber erst ab 2019 - ganz am Ende:

Im Jahr 2017 lag Polen knapp hinter Ungarn, gefolgt von Bulgarien, Griechenland und Russland. An erster Stelle stand damals Frankreich, gefolgt vom Vereinigten Königreich und Belgien.

Im Jahr 2018 lag Polen dicht hinter Ungarn, Griechenland und Zypern. Es folgten Georgien, Bulgarien, Belarus, Russland und Andorra.

Im Jahr 2019 sind wir auf den letzten Platz zurückgefallen (minus 13,3 Prozentpunkte!). Wir erreichten 31,5 Prozent, Russland war nächstplatziert mit 42,8 Prozent.

Im Jahr 2020 lagen wir immer noch auf dem letzten Platz, aber wir hatten mehr Punkte - 35,1 Prozent.

Im Jahr 2022, immer noch am Ende und Punkte wieder weniger - 33,5 Prozent.

Die Errungenschaften der PiS

Die dramatische Position Polens in der Rangliste der Verhütungsmittel ist nicht überraschend. Die PiS schränkt die reproduktiven Rechte der Frauen sukzessive ein. 2020 wurde mit dem Verfassungsgerichtsurteil von Julia Przyłębska die Abtreibung fast vollständig verboten und eine der Begründungen für eine legale Abtreibung aus dem Gesetz gestrichen.

2017 führte man die Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ wieder ein, was die Einnahme dieser Medikamente nicht sicherer, sondern nur teurer und weniger verfügbar gemacht hat. Man stärkte die Gewissensklausel (die natürlich bereits in Kraft war).

Die Sexualerziehung wurde eingeschränkt, indem man die Organisationen kontrolliert, die den Unterricht in den Schulen durchführen, und indem man einen Unterricht einführte, der die katholische Soziallehre fördert.

Der Zugang zur In-Vitro-Behandlung wurde erschwert durch Streichung der staatlichen Erstattung für In-Vitro-Programme.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/polska-na-ostatnim-miejscu-w-europie-w-dostepie-do-antykoncepcji-wyzej-rosja-i-bialorus>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wirtualnemedi.pl

„Die Polarisierung ist eine zweiseitige Waffe, und Tusk muss früher oder später auf die unentschiedenen Wähler zugehen. Und das wird er nicht tun, ohne zumindest die Vision von Polen zu skizzieren, dass er nach der Entmachtung der PiS aufbauen will.“

Michał Szuldrzyński - polnischer Journalist und Kolumnist, seit 2016 stellvertretender Chefredakteur der *Rzeczpospolita*.

Quelle: <https://www.rp.pl/opinie-polityczno-spoeczne/art37908911-michal-szuldrzynski-bez-programu-zle-ale-sam-program-opozycji-nie-wystarczy>

zdf.de

Ziemiak: Polen kritisch gegenüber Deutschland

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-ziemiak-ukraine-krieg-russland-100.html>

zdf.de

Pistorius' einsamer Antrittsbesuch in Polen

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pistorius-polen-zug-ukraine-100.html>

faz.net

Millionen für regierungstreue Organisationen

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pis-nahe-stiftungen-erhalten-millionen-aus-polens-regierungskasse-18658663.html>

tagesschau.de

Mehr Misstrauen gegenüber Deutschland?

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/morawiecki-kritisiert-deutsche-ukraine-politik-101.html>

focus.de

Ein Kampf um Führung in Europa

https://www.focus.de/politik/ausland/politik-ein-kampf-um-fuehrung-in-europa_id_184180728.html

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik